



Interviews

03.05.2024

Philipp May im Gespräch mit Verena Hubertz

May: Über 20 Milliarden Euro will Finanzminister Christian Lindner einsparen. Bis gestern sollten die Ministerien ihre Sparvorschläge präsentieren. Doch mehrere Minister haben sich offenbar Lindners Sparvorgaben widersetzt. Das grüne Auswärtige Amt, Annalena Baerbock also zum Beispiel, aber auch die SPD-Ministerien für Inneres und Entwicklung. Und am Telefon ist jetzt Verena Hubertz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, zuständig für Wirtschaft, guten Morgen, Frau Hubertz.

Hubertz: Guten Morgen aus Trier.

May: 20 bis 25 Milliarden einsparen, wie soll die Ampel das überstehen?

Hubertz: Die Ampel, die hat schon so einiges hinbekommen und das werden wir dieses Mal auch wieder schaffen. Aber klar ist, das ist eine herausfordernde Situation und da müssen wir jetzt auch mal ein bisschen kreativ werden.

May: Was haben Sie da für Ideen, kreativitätstechnisch?

Hubertz: Na, die SPD hat eine Taskforce gegründet und da wird wirklich alles auf den Tisch gepackt. Wir zum Beispiel machen uns ja auch für einen Staatsfonds stark, denn wir haben ja massive Investitionsbedarfe. Und nur mit einem Rotstift machen wir unser Land nicht zukunftsfit.

May: Hat die FDP schon gesagt, geht sie nicht mit.

Hubertz: Na, die FDP, die kann ja dann mal ihre Vorstellungen fernab der Parteitagsbeschlüsse präsentieren. Und am Ende des Tages werden wir Brücken bauen müssen.

May: Wenn ich an den letzten Dezember denke, da ging es nur um 17 Milliarden. Wir wissen, was folgte. Kann man so viel Geld überhaupt einsparen?

Hubertz: Was das letzte Jahr und dieses Jahr unterscheidet, ist, dass wir natürlich letztes Jahr dieses KTF, also das Haushaltsurteil aus Karlsruhe, erhalten haben und noch mal 60 Milliarden zusätzlich arrangieren mussten. Dieses Mal machen wir das alles in einem Zeitplan. Der geht ja auch ... also wir werden den Haushalt ja auch erst Ende November im Deutschen Bundestag nach monatelanger Beratung beschließen. Das sind ja Tausende Seiten. Und deswegen nehmen wir uns jetzt die Zeit, das konzentriert miteinander anzugehen.

May: Ich habe es ja gerade schon gesagt. Die FDP gibt sich unversöhnlich und besteht auf Kürzungen. Haushaltspolitiker Frank Schäffler beispielsweise hat jetzt noch mal explizit die Grünen ermahnt, dass sie die Grundlage der Koalition verlassen würden, wenn sie nicht springen würden. Er hätte auch Ihre Partei nennen können.

Hubertz: Für uns ist ganz klar, innere, äußere und soziale Sicherheit werden wir nicht gegeneinander ausspielen. Und ich finde auch, wir sind als Fortschrittskoalition gestartet und das heißt, der Fortschritt, der darf jetzt auch nicht beim Koalitionsvertrag stehenbleiben. Und Herr Schäffler hat ja letztes Mal schon gute Ideen beim Heizungsgesetz versucht einzubringen. Und da bin ich jetzt mal ganz gelassen, da werden wir auch einen Weg finden.

May: Aber wenn Sie soziale Sicherheit ansprechen, es stimmt ja, kein Etat im Bundeshaushalt ist auch nur annähernd so groß wie der Sozialetat. 176 Milliarden Euro. War fast immer in roter Hand in den letzten 26 Jahren, ich glaube 22 Jahre davon. Hat Ihre Partei in den letzten Jahrzehnten einfach zu viele soziale Wohltaten verteilt?

Hubertz: Also diese Diskussion, die wird immer sehr schnell so von oben herab geführt. Was bedeutet eigentlich der Sozialstaat? Wir unterstützen die Alleinerziehende, die nicht 40 Stunden arbeiten kann, weil die Kita um die Ecke noch nicht genug aufhat. Da müssen wir mal mehr investieren. Wir haben ein Wohngeld für die hart Arbeitenden, aber die sich immer noch keine Wohnung leisten können. Und die Rente, über die wir jetzt immer so lapidar reden, bedeutet ja auch, Menschen, die jahrelang hier hart gearbeitet haben, dass die dann auch am Ende des Tages für das Geleistete etwas haben. Also, das ist mal nicht eben so, dass man jetzt mit dem Rasenmäher gucken kann, wo haben wir hier was, was man eigentlich nicht braucht, sondern am Ende des Tages müssen wir dann eben auch gucken, wie kriegen wir natürlich auch den Sozialstaat ein bisschen fitter und flotter. Aber wir werden jetzt hier keine Rentenkürzungen miteinander vereinbaren.

May: Das ist schon klar. Nein, damit habe ich jetzt auch nicht gerechnet.

Hubertz: Okay.

May: Aber nichtsdestotrotz würde ich jetzt trotzdem gerne noch mal auf die Rente zu sprechen kommen. Also nur mal als Beispiel. Die abschlagsfreie Rente mit 63 bei 40 Berufsjahren, natürlich profitiert da eine Gruppe, der ich auch alles Gute gönne, die das bestimmt sehr verdient hat. Dann haben wir aber auch die starke Erhöhung des Bürgergelds, die zumindest ja teilweise das Lohnabstandsgebot infrage stellt. Das sind ja nun mal alles Maßnahmen, die viel, viel Geld kosten, aber eben gerade nicht dafür sorgen, dass Leute arbeiten und so den Haushalt entlasten.

Hubertz: Also, die Rente ist nach 45 Jahren abschlagsfrei.

May: Entschuldigung, ja.

Hubertz: Da reden wir über den Dachdecker, über die Pflegekraft. Und bei der Rente hat die Ampel ja was gezeigt, was die GroKo nie hinbekommen hat. Wir machen ja jetzt mit dem Generationenkapital einen absoluten Umkehrschwung. Wir werden das Geld anlegen und für die Menschen arbeiten lassen, weil natürlich nicht genug junge

Menschen unten nachkommen. Dafür habe ich mich zum Beispiel als Gründerin, Unternehmerin ...

May: Ja, aber das wird ja niemals reichen. Das ist ja ein viel zu kleiner ... Entschuldigung, dass ich da reinrede.

Hubertz: Ja.

May: Das hört sich natürlich gut an, aber der Beitrag ist ja minimal. Das wird ja nichts an dem grundsätzlichen ...

Hubertz: Das wächst aber auf über 200 Milliarden an bis 2030. Und natürlich, das ist jetzt ein Schritt und wir brauchen mehr dieser Schritte. Aber diesen Reformstau der letzten Jahrzehnte, den können wir auch nicht in zwei Jahren komplett abrollen.

May: Na ja, aber es fällt ja mittlerweile auch im Ausland auf, wo jahrelang geglaubt wurde, dass wir in Deutschland besonders fleißig sind, dass das gemessen auf die Produktivität schlicht und ergreifend nicht stimmt. Wir haben im Durchschnitt die wenigsten Arbeitsstunden aller OECD-Länder. Es wird mittlerweile offen gefragt: Sind die Deutschen zu faul?

Hubertz: Also wir sind nicht zu faul. Aber wenn ich mir die deutsche Wirtschaft anschau, die schwächelt, aber sie ist nicht schwach. Hier werden auch gerade Milliarden investiert, nicht, weil wir alle so schlecht und faul sind, von Eli Lilly in Rheinland-Pfalz, von Microsoft, sondern weil wir hier auch Bedingungen haben. Aber, klar, die strukturellen Probleme, die können wir jetzt nicht mal eben so wegwischen und deswegen packen wir die auch weiter an.

May: Ich würde noch mal gern dabei bleiben. Es gab ja gerade erst eine interessante Analyse der Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg. Da werden die Mängel Deutschlands relativ schonungslos beschrieben. Und der wichtigste Punkt war, wir gehen schlicht zu früh in Rente. Wissen alle seit Jahren. Aber Ihr Kanzler hat einer

Rentenerhöhung eine kategorische Absage erteilt, also einer Erhöhung des Renteneintrittsalters und es zu einer Frage des Anstands stilisiert. Hat er Recht?

Hubertz: Also wir haben ja die Flexirente. Die gibt es ja jetzt schon. Also jeder kann ja theoretisch so lange arbeiten wie er möchte, wenn er jetzt nicht Beamter ist. Und die Frage kann ja auch sein: Wie machen wir es denn vielleicht auch ein bisschen attraktiv für die, die noch Lust haben mehr zu leisten? Herr Merz will ja vielleicht auch Kanzler werden. Der könnte ja auch schon in Rente sein. Herr Scholz arbeitet auch mit. Ist doch super, dass Menschen sich auch noch über das Eintrittsalter für unser Land engagieren. Und das sind doch die Fragen, die wir haben. Also keine Rentenkürzung für die, die nicht länger können, aber die, die möchten, herzlich willkommen.

May: Aber es ist ja ein großer Unterschied zwischen können, wollen und müssen.

Hubertz: Und deswegen müssen wir uns in diesem Land – ich bin Gründerin, ich bin Unternehmerin vor dem Bundestag gewesen – natürlich die Frage stellen: Wie strengen wir uns alle miteinander gut an? Aber es gibt auch viele, die strengen sich wahn-sinnig an und kommen auch nicht über die Runden. Und für die möchte ich Politik machen.

May: Ja. Aber mal ehrlich, Frau Hubertz, alle wollen und haben es natürlich auch wirklich verdient, irgendwann in den Ruhestand zu gehen. Aber wir werden nun mal älter. Der Rentenzuschuss liegt, glaube ich, jetzt schon bei bummelig 130 Milliarden – irgendwie so was. Ein Viertel des gesamten Haushaltes auf jeden Fall, nur, um die Renten zu stabilisieren. Und die Pensionierungswelle, das wissen Sie, das weiß ich, die geht jetzt erst los. Sie haben es gerade gesagt. Sie waren Unternehmerin. Sie können doch rechnen, dass das vorne und hinten nicht hinhalten wird.

Hubertz: Deswegen bin ich auch dafür, Generationenkapital erster Schritt. Wir brauchen weitere Maßnahmen. Ich bin aber auch dafür, dass wir uns natürlich anschauen müssen: Wie steigen wir die Produktivität der Wirtschaft? Da bin ich ganz fest davon überzeugt, dass wir den technologischen Fortschritt noch ansatzweise gar nicht er-ahnen. Also was durch künstliche Intelligenz möglich sein wird, um hier Produktivität zu steigern, aber auch Innovation nach vorne zu bringen. Und das sind doch die De-

batten, wo wir ready sind nach Studien. Wir sind Platz drei, wenn man sich die KI anschaut, also was wir auf die Straße bringen können. Aber das bleibt noch liegen. Und das sind doch die Debatten, die wir auch brauchen. Also wie wandelt sich die Arbeitswelt und wie bleiben wir hier vorne und wie kommen wir auch noch mal ein bisschen mehr in Schwung?

May: Also dem Fachkräftemangel mit KI begegnen? Ist das eine ...

Hubertz: Nein. Es gibt nicht die eine Möglichkeit. Es gibt die Fachkräfteeinwanderung. Wir müssen natürlich auch im Inland mobilisieren, die Menschen, die zum Beispiel arbeiten können im Bürgergeld. Wir haben den Job-Turbo für die Geflüchteten. Also es sind ja die vielen Maßnahmen, die ineinandergreifen, weil klar ist, wir müssen vom Sonnendeck ins Maschinendeck und da ist jeder und jede gebraucht.

May: Frau Hubertz, gehen Sie eigentlich davon aus – klingt jetzt nach einem kleinen Sprung, ist es aber gar nicht –, dass die Kindergrundsicherung noch kommen wird?

Hubertz: Das Gute ist ja, man ist nicht für alles verantwortlich in so einer Fraktion. Und ich habe volles Vertrauen in meine Fraktionskolleginnen und -Kollegen, dass wir auch in dieser ruckeligen Lage, in der wir sind, auch noch was Gutes hinbekommen, denn Kinderarmut ist ja wirklich etwas, was wir in so einem reichen Land wie Deutschland gar nicht ertragen können.

May: Okay, das war jetzt eine ausweichende Antwort. Kommt die Kindergrundsicherung in dieser Legislaturperiode?

Hubertz: Wissen Sie, ich möchte nichts versprechen, was ich ja nicht individuell persönlich ... und in einer Demokratie ist es ja nie „ich individuell persönlich“, aber ich sage Ihnen, ich als stellvertretende Fraktionsvorsitzende gebe mein Bestes, dass wir die Kindergrundsicherung hinbekommen, denn sie ist ja auch ein zentrales Anliegen in unserem Koalitionsvertrag.

May: Okay. Ich frage, weil Christian Lindner jetzt vorgeschlagen hat, die Kindergrundsicherung auf Eis zu legen und das Geld in den Ausbau der Kita-Betreuung stattdessen zu stecken. Das ist ja auch ein Riesenknotenpunkt, die hohe Teilzeitquote, insbesondere bei Frauen in Deutschland, gerade auch ein Riesenknotenpunkt für die SPD wegen eben fehlender Kinderbetreuung. Müsste das nicht voll in Ihrem Sinne sein?

Hubertz: Ich finde es gut, dass er sich Gedanken macht, wie kann man jetzt hier rausgehen. Das werden wir uns sicherlich auch miteinander anschauen. Die Frage ist dann ja nur: Die Kita – trifft das auch die Personen sozusagen aus einer Familie, die eben armutsbedroht ist? Und diese Fragen muss man sich natürlich dann auch stellen. Wie zielgerichtet ist diese Maßnahme? Aber ich würde sagen, ich traue uns noch einen Versuch zu, bevor wir jetzt ausweichende Ideen miteinander prüfen.

May: Also ein Versuch, die Kindergrundsicherung auf die Strecke zu bringen, auf die Straße?

Hubertz: Daran wird ja auch hart gearbeitet, genau.

May: Sagt Verena Hubertz, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Frau Hubertz, vielen Dank für das Gespräch.

Hubertz: Danke, Herr May.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews
und Diskussionen nicht zu eigen.*